

Von den "kleinen Konflikten" und ihrem großen Gefahrenpotenzial: die Gewaltökonomie und die Schattenwirtschaft - vergessene Teilursachen des internationalen Terrorismus?

Schmitz, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schmitz, T. (2006). Von den "kleinen Konflikten" und ihrem großen Gefahrenpotenzial: die Gewaltökonomie und die Schattenwirtschaft - vergessene Teilursachen des internationalen Terrorismus? (KFIBS-Analysis, 3). Brühl: Kölner Forum für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik e.V. (KFIBS). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-366968>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



KFIBS-Analyse

Von den „kleinen Konflikten“ und ihrem großen Gefahrenpotenzial

**Die Gewaltökonomie und die Schattenwirtschaft –
vergessene Teilursachen des internationalen Terrorismus?**

Von Thomas Schmitz

thomas.schmitz@kfibs.org

Ausgabe

3/06

* * *

Einführung in die Thematik

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zu Beginn der 1990er Jahre und insbesondere nach der militärischen Intervention der USA in Afghanistan als Folge der terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 erfolgte in Afghanistan der politische Wiederaufbau. Mit der Einführung von Demokratie wollten die Vereinigten Staaten ein Zeichen für die gesamte Region setzen. Ob die Art und Weise, wie dies in Angriff genommen wurde, letztendlich zu einem dauerhaften Erfolg führen kann und wie sich die Zukunftsperspektiven für das Land darstellen, wird eines der Themen sein, mit denen sich der Sammelbandbeitrag näher beschäftigen wird. Das zentrale Thema des Beitrags aber zielt letztlich auf die Frage ab, ob die Art und Weise der Demokratisierung des Landes, wie sie sich bisher darstellt, dauerhaft zu einer politischen Stabilisierung beitragen kann bzw. was eine erfolgreiche Implementierung der Demokratie in Afghanistan verhindert.

Zentral wird dabei ein unmittelbar mit diesem Thema in Zusammenhang stehender Themenkomplex sein, der nunmehr – fast fünf Jahre nach den Anschlägen vom 11. September – in das Blickfeld des wissenschaftlichen Interesses rückt: Es handelt sich um die erneute Betrachtung des Phänomens der so genannten neuen Kriege.¹ Bereits nach dem Ende des Kalten Krieges wurde deutlich, dass viele der innerstaatlichen Probleme unter dem Deckmantel der so genannten Stellvertreterkriege der beiden Hauptprotagonisten USA und UdSSR verborgen geblieben waren und die Grundlage für Problematiken darstellten, die ihren konkreten Ausdruck in den Terroranschlägen auf die westliche Welt finden sollten.² Diese Probleme sollten nicht ausgeblendet, sondern vielmehr als Teilursachen für Terroranschläge auf die westliche Welt betrachtet werden.

Schnell kamen Erklärungen für den internationalen Terrorismus auf, die sich auf ethnisch oder religiös motivierte Ursachen stützten. Diese Ansätze waren und sind allerdings nur teilweise im Stande, eine Erklärung für diesen zu liefern. Die Rolle der Ökonomie wurde bei vielen Erklärungsansätzen außen vor gelassen – oder zumindest nicht als zentrales Element betrachtet. Medial wurde vor allem der Gegensatz zwischen

¹ Maßgeblich für die Einführung des Begriffs der „neuen“ Kriege ist Professor Dr. Herfried Münkler (Humboldt-Universität zu Berlin). Vgl. Münkler, Herfried, Die neuen Kriege, Reinbek b. Hamburg 2002.

² Waffen in ausreichender Anzahl waren durch die Stellvertreterkriege in die betreffenden Länder eingeführt worden.

der *westlichen Welt* und dem *Islam* als Ursache angeführt. Samuel P. Huntingtons These vom „Clash of Civilizations“³ rückte wieder in den Fokus des wissenschaftlichen und öffentlichen Interesses. Im Rückblick erscheinen rein kulturell argumentierende Erklärungsansätze allzu stark zu simplifizieren. Gewiss ist die ideologische Komponente ein wichtiger Bestandteil vieler Erscheinungsformen sowohl „kleiner Konflikte“ als auch des internationalen Terrorismus, die jetzt die Einbindung der westlichen Welt auf militärischer Ebene – Afghanistan und der Irak seien hier exemplarisch genannt – begründet. Dass jedoch auch wirtschaftliche Interessen eine tragende Rolle bei den meisten Konflikten, die sich über den gesamten Erdball erstrecken, spielen, rückt erst seit den letzten zwei Jahren wieder vermehrt in den Fokus der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Thema. Es erscheint daher geboten, den Faktor Ökonomie in die Betrachtung der neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen mit aufzunehmen, um so die Vernachlässigung wichtiger Aspekte bei der Darlegung von Schlussfolgerungen hinsichtlich neuer und bestehender Konflikte zu berücksichtigen.

Dies schließt selbstverständlich eine terminologische Weiterentwicklung bzw. eine präzisierende Ergänzung der bisherigen Terminologie des Themenbereiches der „neuen“ Kriege mit ein.

Die Begriffe „Kriegs-“ und „Gewaltökonomie“

Der Begriff der Kriegsökonomie scheint in Anbetracht von innerstaatlichen Konflikten und Gesellschaftsszenarien, die sich in vielen Staaten Afrikas, Südamerikas, Mittel- und Zentralasiens zeigen, nicht mehr sinnvoll bzw. nicht mehr ausreichend zu sein. Auch ohne Weiteres von „neuen“ Kriegen zu sprechen, scheint inhaltlich nicht mehr plausibel genug zu sein, da der Begriff, was die inhaltliche Seite anbelangt, zu weit gefasst ist.

Weitaus ertragreicher ist es wohl, sich der Phänomenologie von Gewalt im Allgemeinen anzunähern, um auch Erscheinungsformen von Gewalt mit berücksichtigen zu können, die nicht der Definition von Krieg im engeren Sinne gerecht werden. Afghanistan ist in diesem Kontext ein wichtiges Beispiel und sollte daher auch näher betrachtet werden. Dies erscheint umso mehr geboten, als der geostrategische Fokus der USA auch künftig in der Region Mittel-/Zentralasien liegen dürfte.

³ Vgl. Huntington, Samuel P., *The Clash of Civilizations?*, in: *For.Aff.*, 1993, S. 22-49.

Der Terminus „Krieg“ scheint für diejenigen Situationen, die sich in Afghanistan und auch in anderen Regionen der Welt, wie z. B. in Tschetschenien, abzeichnen, nicht mehr angemessen zu sein. Eine Erweiterung des Begriffs der Kriegsökonomie zu Gunsten des Begriffs der Gewaltökonomie erscheint angebracht, denn dieser erweist sich als auf viele Figurationen von Gewalt anwendbar, etwa wenn es um die ökonomische Ausbeutung von Menschen zum Zwecke der (schatten-)wirtschaftlichen Gewinnmaximierung geht. Der Begriff der Gewaltökonomie soll hier, trotz dessen größerer Definitionsbreite, dazu beitragen, sich den innerstaatlichen Problemen in Ländern wie Afghanistan besser annähern zu können. Der enger gefasste Begriff der Kriegsökonomie wird deshalb nicht obsolet, sondern bleibt in seiner Anwendung auf spezifische Phänomene, die mit Krieg im engeren Sinne zusammenhängen, beschränkt.

Das Beispiel Afghanistan verdeutlicht hier, dass man von „Krieg“ nicht so ohne Weiteres sprechen kann, wenn es um die „kriminellen Fürstentümer“ der *Warlords* geht. Gewalt muss nicht automatisch Krieg bedeuten, kann aber ähnlich gewalttätige Ausmaße oder sogar noch fatalere annehmen. Der Begriff der Kriegsökonomie bezieht sich auf Krieg, also eine symmetrische gewalttätige Auseinandersetzung von Gruppierungen und im klassischen Sinne eine Auseinandersetzung zwischen staatlichen Akteuren. Kriegsökonomie meint ein auf Krieg basierendes System des Wirtschaftens, durch welches sich Krieg reproduzieren lässt. Der Begriff der Gewaltökonomie ist nicht derart spezifisch; er erfasst ein Wirtschaftssystem, das auf Gewalt basiert. Krieg als besondere Form der Gewalt ist hierin eingeschlossen – aber nicht ausschließlich. Gewalt kann symmetrisch und asymmetrisch wirken sowie physischer und/oder psychischer Natur sein. Der Begriff ist aus diesem Grund vergleichsweise allgemein, schließt allerdings auch Formen der Gewalt, wie beispielsweise die Schutzgelderpressung von Zivilisten, mit ein. Solche Praktiken bedeuten eine Veränderung der Tauschprozesse regulärer Ökonomien, wie Herfried Münkler betont.⁴ Ein Austausch von Geld gegen Waren wird ersetzt durch die Androhung oder die Ausübung von Gewalt, mittels derer Waren den Besitzer wechseln. Gewalt ist zwar eine Grundlage der Schattenwirtschaft, setzt aber nicht immer Krieg voraus.

⁴ Herfried Münkler spricht von „aufgezwungenen asymmetrischen Tauschverhältnissen“. Vgl. Münkler, 2002, Die neuen Kriege, S. 136 ff.

Kriminelle Netzwerke

Die Etablierung von Territorien, die von *Warlords* kontrolliert werden und die fernab von jeglicher staatlicher Kontrolle in Ländern wie Afghanistan existieren, macht deutlich, dass man bei den Situationen, die sich hier herausgebildet haben, nicht mehr von „Krieg“ im klassischen Sinne als militärische Auseinandersetzung von staatlich organisierten Akteuren sprechen kann. Die *Warlords* haben dank weltweiter Netzwerke die Möglichkeit, einen globalen Waffen- und Drogenhandel zu betreiben.

Gewalt in innerstaatlichen „kleinen Konflikten“ wird nicht im Kampf von Kombattanten verschiedener Staaten gegeneinander erzeugt, sondern dient als Kontrollmöglichkeit in Form von Repressalien gegen die Zivilbevölkerung, die in den Einflussgebieten „krimineller Fürstentümer“ lebt. Gewalt wird hier in besonderem Maße zu asymmetrischer Gewalt zwischen Milizen von *Warlords* und der in deren Einflussbereich lebenden Zivilbevölkerung, die zur Sicherung von Gewaltökonomien dient. Auch gibt es kriegerische Auseinandersetzungen von *Warlords* untereinander, die dann symmetrischen Konflikten entsprechen. Kernbestandteil ökonomischen Gewinnstrebens bleibt jedoch die asymmetrische Gewalt gegen Zivilisten.

Wie Herfried Münkler bereits 2002 herausgestellt hat, zeichnen sich diese „kriminellen Fürstentümer“ durch die Veränderung der ökonomischen Tauschprozesse aus, die ebenfalls nicht mehr symmetrisch, sondern asymmetrisch – gerade auch durch die Einwirkung bzw. Androhung von Gewalt – verlaufen.⁵ Mit anderen Worten: In solchen Gebieten dominiert das „Recht des Stärkeren“ und herrschen somit nicht die Gesetze eines Staates in Form eines effektiv einsetzbaren Gewaltmonopols. Menschengruppen, die ohnehin kaum Aussichten auf eine Erwerbstätigkeit in der regulären Marktwirtschaft haben, die sich sonst durch subindustrielle Agrarwirtschaft selbst ernährt hätten, werden in Gewaltökonomien zwangsassimiliert, weil das staatliche Gewaltmonopol in den verschiedenen Regionen der betroffenen Länder nicht mehr greift oder dazu nicht mehr in der Lage ist. Auch das Interesse von möglichen legal wirtschaftenden Arbeitgebern, in diesen Regionen zu investieren, ist durch die Etablierung von Kriminalität und die Abwesenheit des staatlichen Gewaltmonopols nicht vorhanden. Eine einmal gefestigte Gewaltherrschaft eines *Warlords* über staatliches Territorium kann in der Folge nicht mehr

⁵ Vgl. ebd.

so leicht durch einen militärischen Sieg beseitigt werden, zumal hierzu schlichtweg die Mittel fehlen.

So entwickeln sich in fragilen Staaten leicht substaatliche Gebilde, die nicht – oder allenfalls nur indirekt – zum regulär funktionierenden Staat beitragen. Steuern werden nicht gezahlt und fließen dem Staat nur über Umwege in Form von Umsatzsteuern, die aus dem Erwerb von Waren bzw. durch die Einschleusung von Kapital in legale Zweige der Wirtschaft erfolgen, zu. Diese wiegen die destruktiven Seiten solcher substaatlicher Gebilde aber in keiner Weise auch nur annähernd auf. Durch die Verfestigung und das Wachstum illegaler Wirtschaftszweige sowie die Inbesitznahme ganzer Landstriche durch *Warlords* fehlen dem Staat in der Folge dringend benötigte Steuereinnahmen zum Aufbau von Infrastruktur und insbesondere von Bildungseinrichtungen für die Bevölkerung. Der Staat wird in der Folge von innen ausgehöhlt. Die betroffenen Menschen sind der Gewalt der *Warlords* somit schutzlos ausgeliefert. Des Weiteren haben Letztere oftmals einzig und allein das Ziel einer individuellen Bereicherung vor Augen. Ihre illegalen Geschäfte basieren auf Gewalt als Mittel zum „Erwerb“ von Ressourcen, auch in Form von Humankapital.

Von *Warlords* beherrschte Gebiete setzen in der Folge ihrer Etablierung so eine Spirale in Gang, die den Staat von innen her zerstört, was sich nachteilig für die betroffenen Menschen auswirkt. Die Unterminierung des Staates führt zu einer Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols und zu einem Rückgang der Bereitstellung staatlicher Güter, die Kernbestandteil eines funktionierenden Gemeinwesens sind. Die Schwäche des Staates einerseits und die zunehmende Macht der *Warlords* andererseits führen in einem weiteren Schritt dazu, dass dem Großteil der Bevölkerung zumeist nur die Erwerbstätigkeit in illegalen Sektoren der Wirtschaft als letzter Ausweg zur Sicherung des Lebensunterhalts bleibt. Der Anbau von Opiaten in Afghanistan ist hierfür ein treffendes Beispiel.

Im Zuge des „Kampfes gegen den Terror“ wurde auf das Geschäft mit dem Terror und der Gewalt bisher wenig Augenmerk gelegt. Vielmehr ging es häufig um die Darlegung ideologischer Gründe für den „Krieg der Geister“ zwischen Orient und Okzident. Entsprechende propagandistische Kampagnen der US-Regierung führten zu einer weiteren Verschleierung der wahren Problemursachen. Bekämpft wurden in der

Folge vor allem die Symptome der „doppelten Globalisierung“,⁶ weniger bis gar nicht deren eigentliche Ursachen. Als vermeintliche Erfolge wurden die Siege der US-Streitkräfte in Afghanistan und im Irak symbolisch als Siege mit „Gottes Hilfe“ medial in Szene gesetzt. Wenn man die ökonomischen Grundlagen „krimineller Fürstentümer“ betrachtet, tritt zu Tage, dass der Hauptgrund der globalen Bedrohungslage nicht in den ideologischen Unterschieden liegt, sondern vielmehr in der Etablierung einer globalen Schattenwirtschaft, deren wesentlicher Bestandteil Gewaltökonomien sind.

Schattenwirtschaft und internationaler Terrorismus

Die Aufdeckung von Zusammenhängen zwischen der globalen Schattenwirtschaft und dem internationalen Terrorismus erweist sich als das fehlende Glied in der Kette, um die zumeist angeblich rein ethnisch oder religiös von ihren Verursachern begründeten Auseinandersetzungen in einen schlüssigeren Gesamtzusammenhang zu bringen. Die ideologische Aufladung von Konflikten ist nämlich oftmals nicht die (einzige) Ursache für diese, sondern stellt vor allem eine konstruierte Legitimation für gewalttätige Auseinandersetzungen dar.

Afghanistan ist wohl das bekannteste Beispiel für die Verfestigung von Gewaltmarktstrukturen in einem Land. Auch nach der militärischen Intervention der USA im Jahr 2001 und dem Beginn des Aufbaus eines neuen Staatswesens ist man hier noch weit von einer wirklich funktionierenden Demokratie entfernt. Die Macht der *Warlords*, die durch die US-Armee bislang nicht gebrochen werden konnte, macht die Mission einer Demokratisierung des Landes – der Wille Hamid Karsais, gegen die Kriminalität und insbesondere den Drogenanbau vorzugehen, ändert hieran nichts – zu einem weitaus weniger aussichtsreichen Projekt.⁷ Auf die vollständige Eliminierung der *Warlords* und deren Milizen wurde verzichtet. Abrüstungen von Milizen wurden oftmals, durch deren Verbindungen zu kriminell organisierten Waffenhändlern in den

⁶ Vgl. Lock, Peter, Gewalt als Regulation, in: Kriege als (Über)Lebenswelten, Bonn 2004, S. 40-61. Mit dem Begriff „Schattenglobalisierung“ kommt bereits ein Zusammenhang zum Ausdruck, der für eine Analyse des Gesamtphänomens von zentraler Bedeutung ist: Globalisierung und Schattenglobalisierung hängen eng miteinander zusammen.

⁷ Die Einbeziehung von Menschenrechtsverbrechern und Kriminellen in hohen Beraterpositionen der Regierung Karsai wird von Britta Petersen, Vorsitzende der NGO „Initiative Freie Presse“ in Afghanistan, kritisiert. Ebenso drohe, so Petersen, eine „Re-Talibanisierung“ des Landes. Vgl. Petersen, Britta, Wenn Kabul kippt, in: FTD v. 31.05.2006; URL: <http://www.ftd.de/meinung/kommentare/78453.html> (letzter Zugriff: 28.06.2006). Auf lange

angrenzenden Nachbarländern, zu Umrüstungen, die sogar eine Verbesserung der Bewaffnung zur Folge hatten. Der Kampf gegen die Taliban mit Unterstützung der mit der US-Armee verbündeten *Warlords* erscheint unter diesem Gesichtspunkt mehr als bedenklich. Der *Warlord* Abdul Rashid Dostum spielte bei der Eroberung von Kunduz im Jahr 2001 eine entscheidende Rolle und erreichte mit Hilfe der US-Armee auch die Eroberung von Mazar-e Scharif. Er ist in der Zwischenzeit gar Teil der administrativen Elite des Landes geworden. Dostum wurde im April 2005 von Hamid Karsai zum Stabschef der afghanischen Armee ernannt.⁸ Derartige Entscheidungen könnten sich jedoch in naher Zukunft als verhängnisvoll erweisen.⁹

Zweifellos ist auch davon auszugehen, dass verschiedene Akteure terroristischer Provenienz einzig auf den ideologischen Kampf ausgerichtet sind. Jedoch sind auch diese Gruppierungen in die Schattenglobalisierung eingebunden und damit zugleich auch deren fester Bestandteil. Als augenscheinlich erweist sich in jedem Fall die oftmals auftretende Fortbewegung von früheren ideologischen Gründen für einen Konflikt, die immer mehr von rein ökonomischen Aspekten überlagert bzw. abgelöst werden. Kaum zu übersehen ist jedoch die Tatsache, dass die ideologische Indoktrination ein zentrales Mittel der Rekrutierung und Legitimierung von gewalttätigen Konflikten ist und dass bei Gewaltakteuren die ökonomische Komponente des Handelns eine ebenso große Rolle spielt. Dies betrifft auch die Taliban in Afghanistan, die ihren Kampf gegen den „Westen“ mit Mitteln aus dem Handel mit harten Drogen beziehen. Wie sich dies im Einzelnen darstellt, kann an dieser Stelle nicht erörtert werden. Offensichtlich ist jedoch, dass eine Aufrechterhaltung von gewalttätigen Konflikten in Afghanistan hauptsächlich dadurch gewährleistet ist, dass die Schattenökonomie in diesem Land funktionsfähig bleibt. Die neuerlichen Einsätze von US-Einheiten in Südafghanistan zeigen deutlich, dass der Kampf gegen die „Gewaltunternehmer“, wie man die so genannten *Warlords* vielleicht treffender bezeichnen könnte, noch lange nicht beendet ist.¹⁰

Sicht könnte ein solches Vorgehen zu einer starken Schwächung der Demokratisierungsbemühungen in Afghanistan führen.

⁸ Vgl. Mitteilung der AFP v. 18.04.2005, Karsai macht Kriegsfürsten Dostam zum Armeestabschef.

⁹ Nicht nur die Taliban, sondern auch die zahlreichen *Warlords* in Afghanistan sind auf lange Sicht wohl kaum eine realistische Option für die Etablierung eines funktionierenden Staates. In Afghanistan sind zurzeit – laut Schätzungen – noch etwa 2000 *Warlords* und deren Milizen aktiv. Die Integration von *Warlords* in die Regierung kann nur einen Kompromiss darstellen. Diese Kompromisse laufen der Vorstellung von einer durchsetzungsfähigen Staatsgewalt diametral entgegen.

¹⁰ Vgl. Mitteilung der SZ v. 26.06.2006, 45 Taliban-Kämpfer in Afghanistan getötet. Weitere Tageszeitungen berichteten ebenfalls über die US-Offensive in Südafghanistan.

Globalisierung und Schattenglobalisierung

Der Begriff der Schattenglobalisierung, der von Peter Lock in den wissenschaftlichen Diskurs eingebracht wurde, kennzeichnet das zentrale Element der Gewaltentwicklungen seit dem Ende des Ost-West-Konflikts – und insbesondere in der Zeit nach den terroristischen Anschlägen vom 11. September 2001. Schattenglobalisierung beschreibt die Entstehung von kriminell bzw. im halblegalen Bereich wirtschaftenden Netzwerken auf der ganzen Welt, was dazu führt, dass die betroffenen Staaten keine – oder allenfalls nur indirekte Steuern – aus diesem illegalen Wirtschaftssektor erhalten und dass in der Folge die Verfügbarkeit staatlicher Güter abnimmt, und zwar so weit, dass in verschiedenen Regionen der Welt die Beteiligung an diesem illegalen Wirtschaftssystem die einzige Erwerbschance für viele Menschen ist. Das Produkt der im kriminellen Wirtschaftssektor erbrachten Leistungen¹¹ wird auf ca. 1500 Mrd. US-Dollar geschätzt und die Anzahl der Menschen, die in diesem Bereich tätig sind, mit ca. 4 Mrd. veranschlagt.¹²

Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Globalisierung des Weltmarktes und den Entwicklungen der Schattenwirtschaft drängt sich bei näherer Betrachtung der sozialen Entwicklungen hinsichtlich der Teilhabe von immer weniger Menschen am legal erwirtschafteten Kapital geradezu auf. Als Anregung zur wissenschaftlichen Beschäftigung mit diesem Thema soll daher die folgende Hypothese dienen:

Die Schattenglobalisierung ist als Folge der Globalisierung der regulären Weltökonomie eine Funktion dieser und markiert hierdurch die grundlegende Problematik, die die gesamte weltwirtschaftliche Entwicklung in Frage stellt und zugleich Hauptursache für die politische und ökonomische Destabilisierung vieler Regionen der Welt ist.

Das Beispiel Afghanistan scheint für eine genauere Betrachtung des Themenfeldes – fast fünf Jahre nach der militärischen Intervention der USA – geeignet zu sein, um ferner auch die Wirkungsweise des US-amerikanischen Engagements und die Entwicklung der „kriminellen Fürstentümer“ besser beurteilen zu können. Weiterhin sind durch die Beschäftigung mit Afghanistan Schlussfolgerungen möglich, die eventuelle Fehlentwicklungen oder Fehleinschätzungen aufdecken und daher auch für das praktische

¹¹ Vgl. Lock, 2004, Gewalt als Regulation, S. 50. Lock benutzt in seinen Ausführungen hierfür den Ausdruck „Bruttokriminalprodukt“ (= BKP).

¹² Vgl. ebd., S. 49 f.

Engagement in Krisengebieten, die durch „kriminelle Fürstentümer“ gekennzeichnet sind, relevant sein können.

QUELLEN

I. Monografien/Sammelbände:

- Huntington, Samuel P., The Clash of Civilizations?, in: Foreign Affairs, Summer 1993, Vol. 72, No. 3, S. 22-49
- Kurtenbach, Sabine/Lock, Peter (Hrsg.), Kriege als(Über)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität, Bonn 2004
- Münkler, Herfried, Die neuen Kriege, Reinbek b. Hamburg 2002 (Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung/Schriftenreihe; Bd. 387)

II. Zeitungen/Agenturen:

- SZ v. 26.06.2006, 45 Taliban-Kämpfer in Afghanistan getötet
- Petersen, Britta, Wenn Kabul kippt, in: FTD v. 31.05.2006;
URL: <http://www.ftd.de/meinung/kommentare/78453.html>
(letzter Zugriff: 28.06.2006)
- AFP v. 18.04.2005, Karsai macht Kriegsfürsten Dostam zum Armeestabschef